Antrag 163/II/2022 Jusos LDK
Mehr Polizei bedeutet nicht mehr Sicherheit – Keine Polizeiwache am Kotti!

Beschluss: Beschluss des Parteitags

Änderung Überschrift "Solidarische Sicherheit stärken: Für ein präventives Gesamtkonzept am Kotti!"

Das Kottbusser Tor ist Begegnungsort für viele Menschen der Berliner Stadtgesellschaft. Immer wieder ist das Kottbusser Tor ein polarisierendes Diskussionsthema. Sei es in der mietenpolitischen Debatte über das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ), den Umgang mit Drogenkonsument*innen und Obdach- und Wohnungslosigkeit, die häufigen Polizeieinsätze oder die Definition als kriminalitätsbelasteter Ort und den damit einhergehenden besonderen polizeilichen Befugnissen. Dass am Kottbusser Tor überdurchschnittlich viele BIPoCs (Black, Indigenous, and People of Color) leben und verdachtsunabhängige Polizeimaßnahmen an kriminalitätsbelasteten Orten bisher erlaubt sind, führt dazu, dass überproportional viele BIPoCs von diesen Maßnahmen betroffen sind und die Befürchtung, Racial Profiling ausgesetzt zu sein, steigt. Das bisher fehlende Lichtkonzept führt dazu, dass insbesondere Frauen und queere Personen sich am Kottbusser Tor in der Dunkelheit oft nicht sicher fühlen.

Unser Ziel ist es, das Kottbusser Tor für alle Bevölkerungsgruppen zu einem lebenswerteren und sichereren Ort zu machen. Mehr Polizeipräsenz allein ist für uns kein Garant für mehr Sicherheit, sondern muss im Sinne unseres inklusiven Sicherheitsbegriffs mit sozialen Maßnahmen flankiert werden, die sich besonders an den Bedürfnissen marginalisierter Gruppen orientieren. Dabei wollen wir für die Interessen der Anwohner*innen ansprechbar sein und sie in die Planung unserer Sicherheitsarchitektur bestmöglich einbeziehen.

Wir fordern daher unsere sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und Abgeordnetenhauses auf, im Zuge der Errichtung der Kotti-Wache auf Folgendes hinzuwirken:

- Die Ausarbeitung weiterer städtebaulicher Entwicklungskonzepte wie Beleuchtungskonzepte für eine ganzheitlich gedachte Sicherheit
- Die enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort wie beispielsweise dem Fixpunkt e.V. und dem Mieterrat des Neuen Kreuzberger Zentrums (NKZ) bei der weiteren kommunalen Entwicklung des Kottbusser Tors
- Eine stärkere Finanzierung und Bereitstellung von mehr Drogenkonsumräumen
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Streetworker*innen und Suchtberater*innen
- Die unverzügliche Umsetzung des im Koalitionsvertrag verankerten Racial-Profiling-Verbotes im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) sowie einer Regelung, dass Identitätsprüfungen an kriminalitätsbelasteten Orten im ASOG an das Verhalten anknüpfen,
- Einwirken auf die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zur Umsetzung ihres Sauberkeits- und Grünflächenkonzepts, sowie auf das Straßen- und Grünflächenamt für das Kottbusser Tor
- Einwirken auf die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Umsetzung des Sozialkonzepts für das Kottbusser Tor

Überweisen an

AH Fraktion, Senat